



Protokollauszug
zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 11.09.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Vorstellung der Fachbereiche im Dezernat II (Bildung, Soziales, Sport und Kultur) - mündlicher Bericht	Vorl.Nr.
-------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Es erfolgt die Vorstellung der Fachbereiche des Dezernates II durch EBMin **Schmetz** und die **Leiterin** des Fachbereiches Feuerwehr und Bevölkerungsschutz, die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur, den **Leiter** und den **stellvertretenden Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie, den **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport sowie einer **Vertreterin** der Stabstelle Integration und Inklusion anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMin **Schmetz** weist auf das große Portfolio des Dezernates hin und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** dankt allen Fachbereichen für die gute Arbeit. Diesem Dank schließt sich das Gremium an.

EBMin **Schmetz** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat stimmt der Fortschreibung der Feuerwehrcosten-ersatzsatzung (Anlage 1) zu.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Feuerwehr und Bevölkerungsschutz geht auf die Vorlage ein. Er weist darauf hin, dass die letzte Anpassung 2017 erfolgt sei und nicht 2007, wie auf Seite 4 erwähnt.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Prof. Vierling** wird der Vorlage zustimmen. Er fragt, wie viele Einsätze kostenersatzpflichtig gewesen seien und in welcher Höhe. Zudem interessiert ihn die Kostendeckung bezüglich der Gesamtaufwendungen.

Stadtrat **Meyer** habe sich eine frühere Umsetzung der Gebührenanpassung gewünscht, hierdurch habe man auf Einnahmen verzichtet. Der Kostenersatz stehe mit WIN LB nur bedingt in Verbindung. Auf die Beratung durch ein externes Büro, hier Rödl & Partner, hätte verzichtet werden können, meint er. Er fragt nach den Kosten für diese externe Leistung. Er wünscht mehr Information zu folgenden Positionen: mittlerer feuerwehrtechnischer Dienst, Wechselladefahrzeug, Reinigung und Desinfektion von Messgeräten.

Stadträtin **Moersch** signalisiert ihre Zustimmung. Die Feuerwehr sei in den Prozess gut integriert gewesen.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** fragt nach der Grundlage für die Erhöhungen. Zudem interessiert ihn der Umgang mit dem Ermessensspielraum, beispielsweise bei Fehlalarm. Er fragt, ob Rödl & Partner nur einmalig im Rahmen von WIN LB hinzugezogen worden seien. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Dötterer** signalisiert ihre Zustimmung.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Feuerwehr und Bevölkerungsschutz beantwortet

die Fragen des Gremiums. Im vergangenen Jahr habe es 360 kostenpflichtige Einsätze gegeben. Typische Kosten seien nicht bezifferbar, da diese immer vom verfügbaren Fahrzeug und entsprechender Personalkosten abhängig seien.

Man sei zu einer Vollkostenrechnung verpflichtet und müsse die tatsächlichen Kosten umlegen, fügt EBMin **Schmetz** hinzu. Der mittlere technische Dienst sei aufgrund einer Landesvorschrift und durch Tarifsteigerungen angehoben worden. Die Gebühren für die Fahrzeuge werden vom Land benannt. Es sei üblich, dass eine externe Firma beauftragt werde. Man habe drei Angebote eingeholt. Rödl & Partner sei der günstigste Anbieter gewesen. Weiter geht sie auf den Ermessensspielraum ein. Es werde in Härtefällen bei derselben Schadenssituation die gleiche Gebühr für alle erhoben und nicht nach Fahrzeugen abgerechnet.

Im Anschluss lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

TOP 3 Sozialdatenatlas - Ältere Menschen in
Ludwigsburg
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch die **stellvertretende Leiterin** und eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Die Themen werden in konkreten Vorlagen vertieft, sagt Stadtrat **Prof Vierling**. Der Anteil älterer Menschen wachse künftig weiter an. Er fragt nach der Einschätzung der Bedarfe an Heimunterbringung und der mobilen, ambulanten Pflege. Die Altersstruktur in den Stadtteilen hänge von der Verortung der Altersheime ab und könne nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet erfolgen. In Pflugfelden und Hoheneck gebe es keinen Eintrag zur Pflegeinfrastruktur. Die Personengruppe sei sehr heterogen. Es gebe immense Unterschiede, je nach Lebenssituation. Es gebe sehr viele geistig und körperlich Fitte und diese sollen aktiv im Berufs-, Erwerbsleben und Ehrenamt gehalten werden. Sozialpolitik solle konzentriert und zielgenau auf die Ärmere, Kränkere und Bedürftigere schauen.

Diese wichtigen Erkenntnisse müssen mit der räumlichen Perspektive verknüpft werden, so Stadtrat **Braumann**. Es bestehe ein breites Netz an Einrichtungen und Nachbarschaftshilfen und es gebe ein großes Engagement der Vereine und Kirchen. Ältere Menschen helfe es den Kontakt nach draußen in das Quartier und Geborgenheit zu halten. Er plädiert Kleinbusse in den Stadtteilen einzusetzen und dies müsse in den räumlichen Perspektiven abgebildet werden. Die Pflegeinfrastruktur in Obweil, Grünbühl, Pflugfelden und Hoheneck müsse ausgebaut werden. Der Sozialdatenatlas sei ein wichtiges Instrument und müsse regelmäßig aktualisiert werden. Auch Förderungen von Wohnraum bis zur Mobilität und

Innenentwicklung solle in Verbindung mit dem Sozialdatenatlas gesehen werden.

Ludwigsburg sei eine gute und soziale Stadt, auch für Ältere, merkt Stadträtin **Moersch** an. Im Ehrenamt sei das Engagement sehr gut. Der Sozialdatenatlas diene als gutes Instrument für die Gremienarbeit und sei interessant für die Bürgerschaft. Sie bedauert, dass nicht in allen Stadtteilen Pflegeeinrichtungen verortet seien. Auch die Kurzzeitpflege sei sehr wichtig, um pflegende Angehörige zu entlasten. Sie geht auf die Alterseinsamkeit ein. Man brauche niederschwellige Angebote und müsse diese gut bewerben.

Verschiedene Gesichtspunkte müssen betrachtet werden, unter anderem die Wohnsituation, meint Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Andere Wohnformen und Modellprojekte, wie Alters-WGs sollen populärer gemacht werden. Er fragt, warum für Hoheneck keine Sozialstation aufgezeigt werde, obwohl eine vorhanden sei. Die Ausweitung der Kulturangebote sollten flächendeckender erfolgen, auch in Kombination mit dem Forum und in Zusammenarbeit mit den Kirchen und Vereinen. Die fehlende Kurzzeitpflege werde bedauert und eine wohnortnahe Unterbringung gewünscht.

Pflegebedürftigkeit und Bildung stehen im Zusammenhang, so Stadträtin **Allerborn**. Frühzeitig müssen präventiv Angebote gemacht werden.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die offenen Fragen ein und dankt für das Feedback. Viele Themen, wie Pflege-WGs und Kulturangebote, werden aktiv angegangen. Sie erläutert die Übersicht zu den Pflegediensten, welche pro Träger aufgeführt seien. Die Diakonie habe Pflegeteams in den Stadtteilen, diese seien in der Übersicht nicht dargestellt.

Hinsichtlich der fehlenden Tagespflege werde man mit dem Landkreis ins Gespräch gehen, fügt EBMIn **Schmetz** hinzu. Sie stellt die Kenntnisnahme des Gremiums fest und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 4 Vorstellung Bildungsdatenatlas
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch den **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Er stellt die verschiedenen Informationsquellen auf der Homepage vor. Die Bibliotheken entwickeln sich immer weiter zum Aufenthaltsort ohne Konsumzwang. Bei der Volkshochschule seien die Begegnungsmöglichkeiten weiterhin wichtig, wenngleich die Nachfrage an digitalen Angeboten ebenso expandiere. Verstärkt versuche man die jüngeren Zielgruppen über die sozialen Medien in den Fokus zu nehmen.

EBMIn **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Prof. Vierling** wünscht eine Verbesserung der Homepagesystematik und der Suchfunktion. Er fragt, warum sich ab 2024 der Versorgungsgrad im U3-Bereich sprunghaft verbessert habe. Derzeit fehlen viele Kita-Plätze. Er fragt nach der Prognose in 10 Jahren und wie das Defizit verringert werden könne. Dieses Defizit setze sich im Grundschulbereich fort. In den kommenden Jahren werden zusätzliche Klassen benötigt. Er will wissen, ob dieser Bedarf interimswise abgedeckt werden könne und wie man sich diesen baulichen Herausforderungen stellen wolle. Zeitversetzt komme die Bugwelle an den weiterführenden Schulen an. Zudem sei die Einführung von G9 absehbar. Weiter geht er auf die Übergangsquoten zu weiterführenden Schulen ein und stellt Ungleichheiten fest. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund sei an Gymnasien eher gering. Dies sei eine Herausforderung für die Bildungs- und Integrationspolitik.

Es gebe ein hoher Übergang an die Gymnasien, sagt Stadträtin **Bilger** und rät alle Schularten zu stärken. Ludwigsburg sei durch die unterschiedlichen Schularten privilegiert. Durch die Schulreform werde es eine verbindlichere Grundschulempfehlung geben. Sie geht sicher davon aus, dass G9 eingeführt werde. Sie will wissen, wie hoch der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss sei. Sie fragt nach dem Grund für den sinkenden Sprachförderbedarf und warum der Bedarf im Ü3 Bereich mit 105 % angesetzt werde.

Stadträtin **Moersch** regt einen leichteren Zugang über die Suchfunktion direkt zum Bildungsdatenatlas an, wengleich sie die präzisen Aussagen und das gute Material lobt. Man müsse sich hinsichtlich der Einführung von G9 vorbereiten. Die Schülerschaft sei im Mörike-Gymnasium im Vergleich zum Schiller-Gymnasium größer, dies hänge auch mit dem G9-Angebot zusammen. Der Bereich Kita und Kindertagesbetreuung müsse weiter ausgebaut werden, hier brauche man kreative Lösungen.

Die Statistik zeige die Problempunkte gut auf, sagt Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Er wünscht mehr Information zu den signifikanten Veränderungen beim Anstieg des Mittagessens und den Rückgang der Teilnahme am Projekt MINIFIT, Schwimmfix, MusikImpulse. Er sieht in diesen Projekten ein wichtiges Begleitangebot zur Schule. Die Teilnahme am Bildungs- und Teilhabepaket sei ansteigend, merkt er an. Der Anstieg der Schulklassen, die Einführung von G9 und der Ganzttag an Grundschulen bringe räumliche Probleme mit sich.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Der Rückgang an den Projekten habe weniger mit der Nachfrage, sondern eher mit dem Arbeitnehmermarkt zu tun. Im Kulturbereich arbeite man hauptsächlich mit Selbständigen und auf Honorarbasis. Während der Pandemie haben sich viele nach anderen Erwerbsmöglichkeiten umgesehen und fehlen jetzt. Zudem wirke sich der Fachkraftmangel auch auf die Zusatzangebote aus. Man stehe mit den Trägern und Einrichtungen im Gespräch.

Die Schaffung von Kitaplätzen und die Inbetriebnahme ab 2024 wirke sich auf den Anstieg im U3-Bereich aus, fügt der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie hinzu. Für die kommenden Jahre seien die Beschlüsse und künftigen Bautätigkeiten bereits eingearbeitet. Die Prognosen seien dynamisch und werden alle drei Jahre überarbeitet. Viele Indikatoren, wie Fertigstellung der Neubaugebiete oder Weg- und Zuzugsverhalten, müssen nachgearbeitet werden. Weiter geht er auf das Versorgungsziel im Ü3-Bereich von 105 % ein. Dies begründe sich durch die doppelte Zählung der Inklusionsplätze und dem Anteil auswärtiger Kinder. Der Anstieg beim

Mittagessen sei eine gesellschaftliche Entwicklung, die bereits in der Kita angestoßen werde und sich in den Schulen fortsetze. Das Angebot sei in den letzten Jahren massiv ausgebaut worden. Zum Umgang mit den steigenden Schülerzahlen merkt er an, dass man in den letzten Jahren bereits viel aufgebaut habe. An allen Grundschulen decke man bereits den Zeitraum von 7 bis 17 Uhr ab. An vier Grundschulen müssen die Angebote erweitert werden, sofern die Nachfrage nach Betreuung steige. Man wolle alle Schularten stärken und die Ludwigsburger Schullandschaft erhalten.

TOP 5 Neue Entwicklungen in der Sprachförderung
in Ludwigsburger Kindertageseinrichtungen
und Schulen
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bildung und Familie anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Die Sprachförderung sei wichtig, unter anderem auch bei Sprachdefiziten durch Entwicklungsverzögerungen. Man wolle Teilhabe und Bildungschancen ermöglichen, so EBMin **Schmetz**. Viele Kinder, auch ohne Migrationshintergrund, haben Sprachdefizite aus anderen Gründen, beispielsweise wenn sie vom Elternhaus in ihrer Bildungsentwicklung vernachlässigt werden. Sie dankt dem Land, wengleich die Rahmenbedingungen schwierig seien. Im Gegensatz zum Ludwigsburger Modell, in dem die Sprachförderung in der Kita und integriert stattfindet, werden die Kinder an einer Schule unterrichtet. Das bedeute, dass Kinder, bei denen in der Einschulungsuntersuchung ein Sprachförderbedarf festgestellt wird, aus ihrem Kindergartenverbund herausgenommen werden. Es sei noch nicht geklärt, an welchen Grundschulen der Unterricht erfolge und wie die Kinder dorthin kommen. Zudem erreiche man Kinder, die keine Kita besuchen, nicht. Sie dankt dem Gremium für die jahrelange Unterstützung und eröffnet die Aussprache.

Sprachförderung funktioniere im Alltag integriert am besten, sagt Stadträtin **Shoaleh**. Sie lobt die Verbindlichkeit. Ludwigsburg sei gut aufgestellt. Sprache sei der Schlüssel für die persönliche und soziale Entwicklung sowie Integration. Sie fragt, wie alle Kinder mit Förderbedarf erreicht werden können. Zudem interessiert sie die Gestaltung der Zusammenarbeit mit den Familien.

Stadtrat **Meyer** lobt das Ludwigsburger Modell, wengleich Schulbildung eigentlich eine Landesaufgabe sei. Ludwigsburg gehe seit Jahrzehnten in Vorleistung. Er merkt besorgt an, dass das aufgebaute Modell schlechter werden könne. Hinsichtlich der Chancengleichheit müsse man so früh und intensiv wie möglich unterstützen. Wichtig sei ebenso die Eltern mit einzubeziehen und die Sprache zu Hause zu üben. Bei den Eltern liege die Verantwortung. Die städtischen Projekte müssen den geänderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Jeder Einzelne, wie auch die Unternehmen

können profitieren und jeder Schüler solle einen Schulabschluss erreichen.

Stadträtin **Moersch** geht auf die Historie ein. Sie betont, dass die Eltern mitgenommen werden müssen. Die Unterstützung daheim sei wichtig, so ihr Appell an die Eltern. Dieses Thema sei auch beim Integrationsrat abgesetzt worden. Man brauche niederschwellige Angebote und eine frühzeitige Förderung. Die Sprache sei der Schlüssel für die Vernetzung in die Gesellschaft. Der Bedarf werde ansteigen. Sie begrüßt den Einstieg des Landes.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** beurteilt den Einstieg des Landes als positiv. Er freut sich über den Rückenwind und die finanzielle Ausstattung. Bildung fängt mit Sprache an. Das bisherige Modell sei gut durchdacht.

Stadträtin **Dötterer** regt private Elterninitiativen an. Eine entsprechende Vernetzung könne durch die Kitas organisiert werden. Das Elternhaus müsse mitgenommen werden.

Stadträtin **Allerborn** äußert Kritik an der Mangelversorgung an Kitas und Schulen. Die Sprachförderung und ein intakter Erstspracherwerb sei wichtig, wenngleich die Eltern das entsprechende Umfeld schaffen müssen. Eltern, die selbst nicht sicher in der deutschen Sprache sind, können nicht die Lehrperson sein, meint sie.

Stadtrat **Taskin** schlägt vor, Eltern mit Migrationshintergrund besser aufzuklären. Die Sprachförderung sei sehr wichtig für die Kinder.

Stadträtin **Akin** merkt an, dass Akademikerkinder vor der Grundschule einen Wortschatz von 40.000 Wörtern und Nicht-Akademikerkinder 10.000 haben. Sie betont ebenso die Wichtigkeit der Sprachförderung.

Die Eltern werden einbezogen und gestärkt, so eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bildung und Familie. In den Kitas gebe es eine jährliche Sprachstandsbeobachtung und standardmäßig werden Entwicklungsgespräche mit den Eltern geführt. In der Schule gebe es derzeit leider nicht genügend Sprachbegleiter.

EBMin **Schmetz** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** führt in das Thema ein. Mit dem Landkreis gebe es aufgrund des Kinderschutzgesetzes eine Vereinbarung zum Basisangebot.

Es erfolgt ein Bericht durch einen **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie und zwei **Vertreterinnen** des Kinderschutzbundes anhand Präsentationen, die dieser Niederschrift beiliegen. Die Annahme in diesem Jahr sei bisher sehr niedrig, so eine Vertreterin des Kinderschutzbundes. Ein Grund könnte sein, dass vielleicht die Familien Angst vor dem Kinderschutzbund haben und eine Art Kontrolle befürchten. Als weitere Ursache werde die mangelnde Bekanntheit genannt, trotz ausgelegten Flyern in Praxen und Kliniken sowie eines Briefes des Oberbürgermeisters an die Eltern jedes Neugeborenen. Gemeinsam wolle man mit dem Kinderschutzbund ein neues Konzept entwickeln und 2025 umsetzen. Die Laufzeit der bisherigen Vereinbarung ende 2026.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Sie geht auf den Systemwechsel ein. Die Finanzierung werde pro Fall abgerechnet. Heute wolle man ein erstes Stimmungsbild abfragen.

Trotz der guten Arbeit erreiche man nicht genug Familien, sagt Stadträtin **Shoaleh**. Sie äußert sich skeptisch, ob man durch die vorgestellten Maßnahmen das Ziel des Projektes erreichen könne. Sie dankt für die engagierte Arbeit.

Stadträtin **Bilger** schlägt vor, Hebammen einzubinden und Kontakt zum Integrationsrat aufzunehmen. Sie sieht einen Vorteil in der analogen Werbung und rät, den Flyer in mehreren Sprachen auszulegen.

Stadträtin **Akin** lobt die Veränderungen, wenngleich man sich Gedanken über Kosten und Details machen müsse. Es bleibt abzuwarten, ob es mit den Veränderungen effektiver werde.

Die Zugangsmöglichkeiten haben sich verändert, meint Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Man müsse sich inhaltliche Gedanken machen zur gewünschten Zielgruppe und zur Erreichbarkeit.

Die Zahlen seien ernüchternd, meint Stadträtin **Allerborn**. Sie selbst habe als Mutter ebenfalls den Flyer in der Hand gehabt, der Mehrwert sei ihr aber nicht erkennbar gewesen. Eine persönliche Übergabe des Flyers durch die Hebammen wäre sinnvoll.

Stadtrat **Prof. Vierling** geht auf die vorgeschlagene Vorgehensweise zu den Besuchsterminen ein und rät, dass die Eltern aktiv auf den angekündigten Termin reagieren sollen. Optimal sei der Hinweis auf dieses Angebot durch die Hebammen. Er fragt, ob auch Drittorte für ein Treffen möglich seien, um die Hemmschwelle in den eigenen Wänden zu brechen. Zudem interessiert ihn die Erfahrungen anderer Kommunen.

Stadträtin **Moersch** betont, schon mit einer besuchten Familie lohne sich das Projekt.

Die Konzeption sei nicht verändert, lediglich die Besuchsterminankündigung, antwortet EBMIn **Schmetz**. Dieser Termin müsse von den Eltern aktiv abgesagt werden, wenngleich vermutlich viele Gänge umsonst sein werden. Man erhoffe sich hierdurch eine höhere Quote. Nicht alle Eltern nehmen eine Hebamme in Anspruch, gibt sie zu bedenken.

Eine **Vertreterin** des Kinderschutzbundes geht auf die Erfahrungswerte anderer Kommunen ein. In kleineren Kommunen sei die Quote durchaus höher. Das Angebot sei wichtig und alle Schichten sollten angesprochen werden. Sie geht auf den Zwiespalt der analogen und digitalen Werbung ein. Die Papierbroschüre sei aufwendig und kostspielig, wenngleich nicht alle Menschen über ein Smartphone verfügen.

EBMin **Schmetz** merkt an, dass man die konzeptionelle Ausrichtung neu denken wolle und diese dem Gremium im 1.Quartal 2025 vorstellen werde. Sie beendet den Tagesordnungspunkt.

TOP 7

Annahme von Spenden, Schenkungen u.ä.
Zuwendungen 1. Halbjahr 2024

Vorl.Nr. 170/24

Beschluss:

1. Die Zuwendung der Kreisparkasse Ludwigsburg, Stiftung Jugendförderung, Arbeit und Soziales i.H.v. 10.000,00 € wird angenommen (lfd. Nr. 21).
2. Die Zuwendung der Wüstenrot Stiftung, Gemeinschaft der Freunde Deutscher Eigenheimverein e.V. i.H.v. 10.000,00 € wird angenommen (lfd. Nr. 16).
3. Die Zuwendung der Wüstenrot Stiftung, Gemeinschaft der Freunde Deutscher Eigenheimverein e.V. i.H.v. 10.000,00 € wird angenommen (lfd. Nr. 12).
4. Die Zuwendung der Wüstenrot Stiftung, Gemeinschaft der Freunde Deutscher Eigenheimverein e.V. i.H.v. 50.000,00 € wird angenommen (lfd. Nr. 27).
5. Die Zuwendung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH i.H.v. 16.000,00 € wird angenommen (lfd. Nr. 34).
6. Alle weiteren in der Anlage 1 aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen werden gesammelt angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Akin
Stadträtin Bilger
Stadträtin Dötterer
Stadtrat Taskin

Beratungsverlauf:

Auf einen Sachvortrag und eine Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet. Befangenheitsgründe liegen keine vor. EBMin **Schmetz** dankt den Spenderinnen und Spendern und lässt über die Vorlage abstimmen.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.